

# Ein Ultimatum der provisorischen Regierung an den Arbeiterrat.

## Von den Vertretern des Soldaten- und Arbeiterrates angenommen.

S. Petersburg, 16. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.)

Um 8 Uhr abends traten die Mitglieder der provisorischen Regierung, des Vollzugsausschusses der Duma und der Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates zu einer Sitzung zusammen, in deren Verlauf Ministerpräsident Fürst Lwow eine Erklärung verlas, die eine Reihe von Bedingungen und Forderungen enthält, deren Annahme die Regierung für unerlässlich für eine erfolgreiche Arbeit hält. Die Hauptbedingung sei die Ausarbeitung einer Erklärung durch den Arbeiter- und Soldatenrat,

worin in entschiedener und klarer Form das volle Vertrauen zur provisorischen Regierung zum Ausdruck kommen soll. Der Entwurf enthält acht Punkte.

Strenges Festhalten an dem Grundsatz eines Friedens ohne Annexionen und ohne Entschädigungen, auf der Grundlage des Rechtes der Völker, frei über ihre künftigen Geschicke zu entscheiden, betont die Erklärung, daß eine Niederlage Rußlands und seiner Verbündeten die Quelle größter nationaler Kalamitäten wäre. Infolgedessen hege die Regierung das feste Vertrauen, daß die russische revolutionäre Armee einen Sieg der Deutschen über die Alliierten nicht zulassen werde. Ferner spricht die Regierung in der Erklärung ihren festen Entschluß aus, den Kampf gegen die wirtschaftliche Unordnung zu führen, und zwar nicht nur durch Kontrollmaßnahmen, sondern auch durch Organisation der Produktion. Die Regierung werde alle Maßnahmen ergreifen, um die Ausnützung des Bodens zu regeln, ohne jedoch auf die Grundbesitzfrage einzugehen, deren Lösung der konstituierenden Versammlung überlassen werden soll.

Der Ministerpräsident erklärte, daß der Entwurf dieser Erklärung den Charakter eines Ultimatumstrage, und verlangte, daß sie als Ganzes angenommen werde.

Zu Laufe der Radikalisierung wurde die Frage der Verteilung der Ministerposten im neuen Kabinett erörtert. Es wurde beschlossen,

das Ackerbauportefeuille dem nationalen Sozialisten Tschernow,

das Arbeitsministerium dem Sozialdemokraten Skobelew,

das Postenportefeuille dem Außenminister Schingarew,

das Kriegs- und Marineportefeuille dem früheren Finanzminister Tereschtschenko und jene des Ackerbaus und der Marine Kerenski zu übertragen.

Ferner wurde der Eintritt Tscherekelis und des Professors Koloschkin, des letzteren als Minister für die Vorbereitung der Konstituante, als wünschenswert bezeichnet und die Schaffung eines Ministeriums für soziale Fürsorge vorgeschlagen, das einem Vertreter der Partei der nationalen Freiheit übertragen werden soll.

Am Schlusse der Sitzung wurde die Erklärung unterzeichnet.

# Das neue russische Kabinett.

S. Petersburg, 18. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Regierung und die demokratischen Parteien einigten sich über die Verteilung der Ministerportefeuilles wie folgt:

Fürst Lwow — Ministerpräsident und Minister des Innern,

Tereschtschenko — Auswärtige Angelegenheiten,

Konowalow — Handel und Industrie,

Godunow — Staatskontrollor,

der Sozialist Skobelew, Vizepräsident des Rates der Soldaten- und Arbeitervertreter — Arbeitsminister,

der Rechtsanwalt Berengerew — Justiz,

der Sozialist Tschernow — Ackerbau,

der nationalsozialistische Sozialist Blachanow — Verpflegung,

Kerenski — Krieg und Marine,

Schingarew — Finanzen,

Tscherekelis — Posten und Telegraphen,

Kerassow — Verkehr,

Kanuilow — Unterricht.

Zusätzlich wurden Professor Grimm und Fürst Schachowskoi, Sekretär der ersten Duma, als Kandidaten für die Aemter eines Ministers für die die konstituierende Versammlung betreffenden Angelegenheiten und für das Ministerium für öffentliche Hilfeleistung aufgestellt.

# Die Armee für ein Koalitionskabinett.

S. Petersburg, 17. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Am 8. d. trafen hier die Kommandanten der verschiedenen Fronten zur Berichterstattung über die Lage und die Zustände bei der Armee ein. Die Kommandanten erklärten, daß die Bildung eines Koalitionsministeriums unbedingt notwendig sei, da es durch tatkräftiges Handeln zur

Wiederherstellung der Manneszucht und Kampffähigkeit der Armee beitragen werde. Sie betonten auch, die Ernennung Kerenski werde von der Armee sehr günstig aufgenommen werden und große Begeisterung hervorrufen, da Kerenski sich großer Volkstümlichkeit bei den Soldaten erfreue.

# Besprechung der Armeekommandanten mit der Regierung.

S. Petersburg, 17. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Frontkommandanten und Generale Alexejew, Brussilow, Gurko, Dragomirov und Stscherbatschew hatten mit der provisorischen Regierung eine neuerliche Besprechung, in deren Verlaufe Ackerbauminister Schingarew eine eingehende Darstellung der Frage der Versorgung der Armee mit Munition und Lebensmitteln gab. Der hierüber gepflogene Meinungsaustausch führte zur Feststellung, daß die diesbezüglichen Verhältnisse sich täglich merklich bessern.